

Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 29. Juli 2020:

TOP 01 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Bürgermeister Scheffold gibt bekannt, dass der Gemeinderat in seiner letzten nichtöffentlichen einem Antrag des Musik- und Trachtenvereins Reichenbach e.V. für das 100-jährige Vereinsjubiläum im Jahr 2025 entsprochen hat. Außerdem wurde der Text der Stellenausschreibung für die Sachgebietsleitung Standesamt und stellvertretende Hauptamtsleitung beschlossen. Die Stelle ist bereits ausgeschrieben worden. Stelleninhaber Matthias Litterst ist bekanntlich mit einem überwältigenden Wahlergebnis zum neuen Bürgermeister der Gemeinde Schuttertal gewählt worden. Herr Litterst wird bereits am 01. August 2020 seinen Dienst in Schuttertal antreten.

TOP 02 Digitalisierungskonzept Wilhelm-Hausenstein-Schule: Vorstellung

Bürgermeister Scheffold begrüßt Frau Anja Strittmatter, Konrektorin und kommissarische Schulleiterin der Wilhelm-Hausenstein-Schule. Im Zuge der Sanierungsarbeiten des Schulhausaltbaus Hauptstraße 28 soll auch eine zeitgemäße digitale Infrastruktur geschaffen werden. Frau Strittmatter erstellt derzeit einen entsprechenden Medienentwicklungsplan, der als Leitfaden für die zukünftige digitale Arbeit an der Schule dient.

Das Planungsbüro NP REAL ESTATE aus Haslach hat eine Grundkonzeption zur Herstellung einer digitalen Infrastruktur für die Schule erstellt. Die Zusammenfassung des Grundkonzeptes liegt dem Gemeinderat vor, ebenso wie eine Mustervorlage für die künftig geplante Einrichtung der Klassenzimmer. Diese Mustervorlage wird von Bürgermeister Scheffold erläutert. Er dankt Frau Strittmatter für die gute Vorarbeit.

Ein Wartungsvertrag für die digitale Infrastruktur soll mit abgeschlossen werden.

Die Planung wird in die Sanierungsplanung für den Schulhausaltbau integriert, Architekt Wöhrle ist in die Planung deshalb involviert.

Entsprechende Haushaltsansätze für 2020 sind bereits vorgesehen. Für die Umsetzung werden die restlichen Mittel im Haushaltsplan 2021 veranschlagt.

Zur Umsetzung der Konzeption ist die Ausrüstung sämtlicher Räume mit einem WLAN-Netzwerk erforderlich. Die hierfür notwendigen Planungsleistungen werden für die Leistungsphasen 1 - 6 zu einem Pauschalpreis von 3.200 € zuzüglich Mehrwertsteuer angeboten. Für die Digitalisierung mit Endgeräten werden die Planungsleistungen für die Leistungsphasen 1 – 6 zum Pauschalpreis von 4.500 € zuzüglich Mehrwertsteuer angeboten.

Für die Beschaffung digitaler Endgeräte kann von einem Zuschuss von ca. 12.000 € ausgegangen werden. Online-Unterricht wäre dann möglich.

Frau Strittmatter gibt weitere ergänzende Informationen. Alle Lehrer an der Wilhelm-Hausenstein-Schule verfügen über datensichere E-Mail-Adressen.

Auf Anfrage von Stadtrat Fehrenbacher führt Bürgermeister Scheffold aus, dass vorgesehen ist, dass die Stadt Hornberg für die Schule Leihgeräte vorhält, damit Schüler diese digitalen Endgeräte ausleihen können, falls sie nicht über eigene PCs oder Laptops verfügen. Gegebenenfalls kann die Finanzierung über Sponsoring unterstützt werden.

Stadträtin Laumann weist darauf hin, dass hierfür stabile Internetverbindungen für alle Schüler notwendig sind. Stadtrat Hess spricht von einem guten ersten Schritt. Wie sich gezeigt hat, handelt es sich bei dem Breitbandausbau in Hornberg um einen langwierigen Prozess.

Die Konzeption ist für alle Klassenzimmer vorgesehen, damit alle Klassen 1 bis 4 versorgt werden können.

An eine Vertreterin des Elternbeirats im Zuhörerbereich gewandt, informiert Bürgermeister Scheffold über den aktuellen Stand der Bemühungen zum weiteren Breitbandausbau. Hier ist keine kurzfristige Lösung zu erwarten. Sollten einzelne Gebäude in den Außenbereichen vorläufig nicht versorgt werden können, bietet die Stadt Hornberg weiterhin eine Förderung über das städtische Starterpaket für eine Satelliten-DSL-Lösung an.

Unter Tagesordnungspunkt 07 der heutigen Sitzung wird Bürgermeister Scheffold näher informieren.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von der Digitalisierungsgrundkonzeption für die Wilhelm-Hausenstein-Schule zustimmend Kenntnis.

Von der Beauftragung des Büros NPRE wird einstimmig und zustimmend Kenntnis genommen.

Bürgermeister Scheffold dankt Frau Strittmatter und dem Lehrerkollegium für die flexible anspruchsvolle Arbeit während der Corona Pandemie.

Er lobt auch besonders die Initiative der „Lernbrücke“ an der Wilhelm-Hausenstein-Schule in den Sommerferien, um Schülern Nachhilmöglichkeiten zu geben.

Frau Strittmatter dankt ihrerseits den Beschäftigten der Stadt Hornberg für die gute Unterstützung.

TOP 03 Modernisierung Stadthalle: Aktueller Planungsstand

Bürgermeister Scheffold begrüßt die Architekten Schmid und Fritsch aus Gengenbach, sowie die Fachplaner Hummel und Stökle von den Planungsbüros Plus Energie GmbH und Schwarz. Bürgermeister Scheffold hält den Sachvortrag und informiert über die Planung. Die Architekten und die Planer stehen für Detailfragen anschließend zur Verfügung.

Der Gemeinderat hatte zuletzt in seiner Sitzung vom 11. März 2020 über die Modernisierung der Stadthalle beraten und das Einvernehmen zum Bauantrag erteilt. Der Bauantrag liegt dem Landratsamt vollständig vor, mit der Erteilung der Baugenehmigung kann in Kürze gerechnet werden.

Am 17. Juni 2020 hat eine weitere Sitzung des Arbeitskreises mit Vertretern des Gemeinderates und der Vereine stattgefunden. Das Ergebnisprotokoll liegt dem Gemeinderat vor. Es finden zweiwöchige Planungsbesprechungen statt.

Als Tischvorlage liegt dem Gemeinderat die Konzeption für die Veranstaltungstechnik vor.

Bürgermeister Scheffold präsentiert nun die Planung. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Gesamtkosten auf netto 3,4 Millionen Euro zu deckeln.

Das Beleuchtungskonzept sieht vor, dass am Hallendach fünf Reihen mit je vier Leuchten installiert werden.

Die geplante Eingangsbeleuchtung wird vorgestellt. Bei beleuchteter Halle wird durch die Beleuchtung der Außenfenster zum Parkplatz hin ein weiterer Beleuchtungseffekt erzeugt.

Das Beleuchtungskonzept für das Foyer wird vorgestellt.

Das Licht- und Soundkonzept wurde mit den Vereinsvertretern einvernehmlich abgestimmt. Die geplante Beschallungstechnik wird vorgestellt. Hier spricht Bürgermeister Scheffold seinen Dank an Bastian Zapf und Dominik Dilger für die Mitarbeit im Arbeitskreis aus.

Die vorgesehene Veranstaltungslichttechnik für die Bühne wird erläutert.

Das Lüftungskonzept und das Heizungskonzept werden vorgestellt. Geprüft wird, ob drei zusätzliche Lüftungsgeräte installiert werden sollen.

Die Heizzentrale soll links neben die DRK-Garagen hinter dem Anwesen Werderstraße 17 gebaut werden. Architekt Wöhrle ist mit der Planung beauftragt.

Die Küchenplanung und der Ausgabebereich im Foyer sind mit den Vereinen abgestimmt. Eine Kühlzelle wird eingebaut. Zusätzlich kann bei Bedarf im Außenbereich ein Kühlwagen aufgestellt werden. Bürgermeister Scheffold fasst zusammen, dass für Küche und Ausgabebereich nun ein sehr guter Planungsstand erreicht worden ist. Außenanschlüsse im Bereich des seitlichen Anbaus an die Stadthalle werden entsprechend vorgesehen.

Die Bemusterung der Sanitäreinrichtungen (WCs, Waschbecken, Urinale und Armaturen) wird vorgestellt.

Weitere Bemusterungen für die Deckenbekleidungen, die Bodenfliesen, die Wandfliesen und die Dachplatten werden vorgestellt.

Bürgermeister Scheffold schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass Architekt Wöhrle mit der Entwurfsplanung für die Heizzentrale beauftragt wird, um den Bauantrag vorzubereiten.

In der nun folgenden Diskussion gibt Stadtrat Müller die Bitte von Mitgliedern des Arbeitskreises Stadthalle weiter, im Foyer kein Parkett zu verlegen, sondern zum Beispiel Feinsteinzeugplatten in Holzoptik oder einen Fliesenboden. Dies sei leichter zu reinigen.

Bürgermeister Scheffold bezeichnet diese Anregung grundsätzlich als nachvollziehbar. Es wurde deshalb bereits vereinbart, dass für Veranstaltungen vor allem an der Fastnacht ein mobiler Boden beschafft wird, der auf den Parkettboden aufgelegt werden kann. Dies in anderen Veranstaltungshallen mittlerweile Usus. Im Arbeitskreis wurde mehrheitlich festgelegt, am Parkettboden festzuhalten, dies ist auch der Wunsch der Architekten und des Bürgermeisters.

Stadtrat Müller beantragt hierüber eine Abstimmung.

Architekt Schmid begründet, weshalb für ihn ein Parkettboden wichtig ist. Es besteht eine Sichtverbindung vom Foyer zur Halle, weshalb ein einheitlicher Bodenbelag gestalterisch notwendig ist. Es wird dadurch eine großzügigere Optik geschaffen. Auch das seitliche Stuhllager soll mit Parkettboden ausgelegt werden. Aus Sicht von Architekt Schmid ist beispielsweise Feinsteinzeug anfälliger als Parkett gegen Bruch. Er möchte einheitliche Bodenbeläge.

Als Alternative käme für Architekt Schmid allenfalls eine Bodenfliese in Frage. Bürgermeister Scheffold bittet auf jeden Fall, keine Holzoptik für solche Fliesen auszuwählen, dies müsste mit dem Landesdenkmalamt abgestimmt werden und wäre aus seiner Sicht nicht angemessen für die Stadthalle.

Stadtrat Müller ist der Meinung, dass Feinsteinzeug so solide ist, dass es nicht beschädigt werden kann. Er hat von Mitgliedern des Arbeitskreises den Eindruck gewonnen, dass diese sich bei dieser Entscheidung nicht genug gehört gefühlt haben. Bürgermeister Scheffold entkräftet diesen Eindruck. Es wurde hierüber abgestimmt im Arbeitskreis, die letzte Entscheidung trifft aber der Gemeinderat.

Stadtrat Fuhrer spricht sich für die Parkettlösung aus, um eine komplette Einheit in der ganzen Halle herzustellen. Stadtrat Fehrenbacher schließt sich dieser Meinung an. Er regt aber an, auch für den Innenraum der Stadthalle einen solchen Schutzbelag zu beschaffen.

Bürgermeister Scheffold bezeichnet dies als denkbar. Den Vereinen könnte eine entsprechende Auflage gemacht werden, bei entsprechenden Veranstaltungen diesen Schutzbelag zu verlegen. Der Kostenaufwand für die Beschaffung wäre vertretbar.

Auch Stadtrat Wöhrle spricht sich ebenfalls für den Parkettboden aus. Er hat kein Problem damit, wenn der Parkettboden seine Farbe im Lauf der Zeit ändert. Grundsätzlich sollte eine einheitliche Optik hergestellt werden. Stadtrat Wöhrle spricht sich allerdings dagegen aus, den zusätzlichen Belag zu beschaffen.

Nun wird über den Antrag von Stadtrat Müller abgestimmt.

Beschluss:

Drei Stadträte stimmen dafür, statt des Parkettbodens einen Fliesenboden im Foyer zu verlegen. 10 Stadträte und Bürgermeister Scheffold stimmen dafür, den Parkettboden zu verlegen. Damit wird beschlossen, einen Parkettboden im Foyer zu verlegen.

Den Vereinen wird angeboten, einen entsprechenden Abdeckbelag zu beschaffen.

Zur Küche fragt Stadtrat Hess an, weshalb keine Gastronomiefriteuse beschafft werden soll. Architekt Schmid begründet dies unter anderem mit den hohen Zusatzkosten von 20.000 € bis 30.000 €.

Bürgermeister Scheffold ergänzt, dass darüber hinaus eine sehr aufwändige Installation notwendig wäre, vor allem eine Entlüftung. Der Betrieb einer kleinen mobilen Friteuse, gegebenenfalls im Freien, wird aber möglich sein. Dies wurde mit den Vereinen so besprochen.

Zu den vorgesehenen Armaturen schlägt Stadtrat Wöhrle vor, auf automatische Infrarotarmaturen zu verzichten und auf Einmischhebel umzusteigen, weil solche Infrarotlösungen fehleranfällig sind. Stadtrat Fuhrer sieht dies ebenso. Auch er regt eine so genannte Selbstschlussarmatur an.

Beschluss:

Da mit Ausnahme der Behindertentoilette nur Kaltwasseranschlüsse vorhanden sein werden, wird beschlossen, die Armaturen als Selbstschlussarmaturen zu beschaffen.

Zur Größe des Hallenfoyers führt Stadtrat Wöhrle aus, dass er sich eine größere Foyerfläche gewünscht hätte. Da der Ausgabebereich nun aber deutlich größer wird, kann dies leider nicht realisiert werden. Dies bedauert er.

Bürgermeister Scheffold kann dies nachvollziehen. Ein ausreichend großer Ausgabebereich ist für die Vereine aber essentiell und mit diesen so abgesprochen. Stadtrat Hess ergänzt, dass im Ausgabebereich ein funktionierendes Ensemble vorhanden sein muss, das praktikabel ist. Er gibt zu bedenken, dass die Küche bisher auf zwei Geschosse verteilt war, und künftig nur noch im Erdgeschoss sein wird.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt vom aktuellen Planungsstand einstimmig und zustimmend Kenntnis. Die Architekten und Fachingenieure werden einstimmig beauftragt, die Planungen auf dieser Grundlage weiter auszuarbeiten und die Kostenberechnungen zu aktualisieren.

Vor der weiteren Beschlussfassung nimmt Stadtrat Wöhrle wegen Befangenheit im Zuhörerraum Platz.

2. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, Architekt Fritz Wöhrle mit der Erstellung der Entwurfsplanung für die Heizzentrale zu beauftragen.

Bürgermeister Scheffold spricht den Architekten und Fachplanern seinen Dank aus.

TOP 04 Abschluss eines Gaskonzessionsvertrages gemäß § 46 EnWG für das Versorgungsgebiet der Stadt Hornberg mit der Firma EGT Energie GmbH, Triberg

Die Stadt Hornberg hat im November 2018 im Bundesanzeiger öffentlich bekannt gegeben, dass der bestehende Konzessionsvertrag Ende 2020 ausläuft. Der Gemeinderat hat im Februar 2020 Auswahlkriterien zur Durchführung des neuen Konzessionsvergabeverfahrens beraten und anschließend beschlossen.

Auf die Bekanntmachung hin haben drei Energieversorgungsunternehmen fristgerecht ihr Interesse bekundet, darunter die EGT Energie GmbH als Altkonzessionärin und bisherige Vertragspartnerin. Die interessierten Unternehmen wurden daraufhin zur Angebotsabgabe aufgefordert. Es wurde nur ein Angebot abgegeben. Dieses wurde von der begleitenden Rechtsanwaltskanzlei geprüft. Es wird der Abschluss des Gaskonzessionsvertrages mit der EGT Energie GmbH, Triberg empfohlen.

Dem Gemeinderat liegt der Vorschlag für den Angebotszuschlag vor. Der Beschluss über den Abschluss des Konzessionsvertrages muss der Rechtsaufsichtsbehörde beim Landratsamt Ortenaukreis vorgelegt werden. Der Zuschlag an die EGT darf erst nach Bestätigung der Rechtsaufsichtsbehörde erteilt und der Konzessionsvertrag dann abgeschlossen werden. Der neue Vertrag hat eine Laufzeit vom 01. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2040.

Bürgermeister Scheffold kann berichten, dass der Vertrag für die Stadt Hornberg die bestmöglichen Regelungen enthält.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt einstimmig dem Gaskonzessionsvertrag mit der Firma EGT Energie GmbH, Triberg zu und erteilt zugleich auf das Angebot des Unternehmens vom 15. Juni 2020 den Zuschlag.
2. Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, nach Bestätigung bzw. Nichtbeanstandung durch die Kommunalaufsicht dem Gaskonzessionsvertrag gemäß Ziffer 1 mit der Firma EGT Energie GmbH abzuschließen. Die Verwaltung wird ermächtigt, Änderungen des vorliegenden Konzessionsvertrages vornehmen zu dürfen, soweit sie redaktioneller Natur sind, den Vorgaben der Kommunalaufsicht entsprechen oder wesentliche Vertragsinhalte sich nicht grundlegend verändern. Sollte dies der Fall sein, würde der Gemeinderat hierüber informiert.

**TOP 05 Modernisierung städtischer Wohnhäuser:
a) Abschluss Contractingvertrag Hofmattenstraße 8 und Reichenbacher Straße 13 a
b) Mieterhöhungen Hofmattenstraße 8, Hofmattenstraße 8 a und Reichenbacher Straße 13 a**

a) Contractingvertrag:

Für den Einbau der Zentralheizungsanlagen in den beiden Gebäuden wurde ein Angebot der EGT Energie Vertrieb GmbH eingeholt. Das Angebot beinhaltet den jeweils kompletten Einbau einer Zentralheizungsanlage und eine Laufzeit von jeweils 10

Jahren. Danach geht die Anlage in das Eigentum der Stadt Hornberg über. Eine Restwertzahlung fällt am Ende der Laufzeit nicht an. Die angebotene Monatsmiete beläuft sich für die Hofmattenstraße 8 auf netto 505,88 €, für die Reichenbacher Straße 13a auf netto 823,53 €.

Als Tischvorlage liegt dem Gemeinderat eine Vergleichsberechnung zu einer Umsetzung der Maßnahme in Eigenregie vor. Daraus geht hervor, dass die Contractinglösung deutlich wirtschaftlicher ist. Beim Contractingvertrag handelt es sich um einen sogenannten Mietkaufvertrag.

Die EGT bietet zwar auch einen Wartungsvertrag an, dies ist aber nicht vorgesehen. Nach einigen Jahren, nach Ablauf der Gewährleistungsfristen kann gegebenenfalls ein Wartungsvertrag separat abgeschlossen werden.

Die Maßnahmen sollen nach Möglichkeit noch vor der Heizperiode abgeschlossen werden. Stadtrat Wöhrle regt an, in den Aufträgen an die EGT verbindliche Termine festzulegen. Bürgermeister Scheffold will dies thematisieren.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Abschluss von Contractingverträgen laut dem Angebot der EGT Energie Vertrieb GmbH.

b) Mieterhöhungen:

Die zulässigen Mieterhöhungen wurden auf der aktuellen gesetzlichen Grundlage kalkuliert. Die Verwaltung hat jeweils einen Abschlag für ohnehin erforderliche Instandsetzungsmaßnahmen vorgesehen. Die höhere Miete für die Reichenbacher Straße 13a ist im Vergleich zur Hofmattenstraße begründet in der unterschiedlichen Wohnlage, dem Vorhandensein von Balkonen und dem Umstand, dass das Gebäude in der Hofmattenstraße deutlich älter ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, nach Abschluss der jeweiligen Modernisierungsmaßnahmen die Kaltmieten pro m² und Monat wie folgt zu erhöhen:

Hofmattenstraße 8:

- Stufe 1, Glaserarbeiten, Rollläden, Haustüren, Zentralheizung: 3,60 €
- Stufe 2, Wärmedämmmaßnahme Speicher: 3,80 €

Hofmattenstraße 8a, Stufe 2, Wärmedämmmaßnahme Speicher: 3,80 €. Die Mieter sind noch über die anstehende Modernisierung und die damit verbundene Mieterhöhung zu informieren.

Reichenbacher Straße 13a, Trockenbau, Zimmer- und Dämmarbeiten, Rollladenarbeiten, Glaserarbeiten, Haustür, Zentralheizung: 4,20 €

Bürgermeister Scheffold betont, dass die Mieten nach wie vor sehr günstig sind, im Vergleich zum privaten Wohnungsmarkt. Zuletzt hat die Stadt Hornberg die städtischen Mieten zum 01. Januar 1998 erhöht.

TOP 06 Eigenkontrollverordnung: Vergaben erster Abschnitt

Auf der Grundlage der in der letzten Sitzung vorgestellten Planung wurden fünf Fachfirmen angeschrieben. Es wurden vier Angebote eingereicht, das geprüfte Submissionsergebnis liegt dem Gemeinderat vor. Ebenfalls liegt dem Gemeinderat die Kostenfortschreibung vor, die Kostenberechnung lag bei brutto 88.000,00 €, die zu erwarteten Kosten liegen nun lediglich bei 75.000,00 €.

Sollten zusätzlich Kleinmaßnahmen erforderlich sein, kann dies durch örtliche Firmen erledigt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Arbeiten für den ersten Bauabschnitt an den günstigsten Bieter, die Firma AKS Umwelttechnik GmbH in Westerstetten zum Angebotspreis von brutto 58.351,04 € zu vergeben (16 % MwSt).

TOP 07 Haushaltsplan 2020:

a) Information über den Stand der Investitionsmaßnahmen und Maßnahmenkatalog:

Dem Gemeinderat liegt als Tischvorlage der fortgeschriebene Maßnahmenkatalog 2020 vor. Bürgermeister Scheffold hält den Sachvortrag. Zunächst bittet er, bezüglich der Corona-Pandemie weiterhin sehr vorsichtig zu sein. Der Infektionsschutz ist zu wahren und hat bei allen Entscheidungen oberste Priorität.

Zur ärztlichen Versorgung in Hornberg gibt Bürgermeister Scheffold eine Pressemitteilung heraus. Er berichtet über den aktuellen Stand der Bemühungen. Für eine Zahnarztpraxis in Hornberg gibt es eventuell ein Förderprogramm. Ein interessierter Zahnarzt steht mit der Verwaltung in Kontakt.

Bezüglich der Hausarztversorgung wurden verschiedene Gespräche geführt. Mit der Gesundes Kinzigtal wird eine gemeinsame Lösung angestrebt. Im Oktober wird der neue Sachstand wieder bekannt gegeben.

Für die Modernisierung des Schulhausaltbaus hat Bürgermeister Scheffold in eigener Zuständigkeit die noch fehlenden Aufträge für die Sanitär- und Heizungsarbeiten sowie für die Fliesenarbeiten vergeben. Der Gemeinderat nimmt hiervon Kenntnis. Beauftragt werden die Firma Aicher, Hornberg und die Firma Arnold, Schiltach. Der Baubeginn erfolgt am 30.07.2020, mit dem ersten Tag der Schulferien. Das Digitalisierungskonzept für die Schule wird integriert.

Für den Umbau des evangelischen Kindergartens liegt inzwischen die Zuschusszusage vor.

Zum Antrag auf Anerkennung als ERL-Schwerpunktgemeinde liegt dem Gemeinderat eine Tischvorlage mit der endgültigen Entwicklungskonzeption vor.

Die Entwürfe für die Schlossbergkonzeption befinden sich in der Fortschreibung, diese werden demnächst vorgestellt.

Für die Erschließung des Rebbergs wird zu gegebener Zeit ggf. ein neuer Vorschlag vorgelegt.

Die 3. Änderung des Bebauungsplanes „Häuslematte I“ befindet sich in der Offenlage. Hier soll schnellstmöglich der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Der Radweg von Hornberg-Niederwasser nach Triberg ist in der Planung.

Zum Ausbau der Breitbandversorgung führt Bürgermeister Scheffold aus, dass die Breitband Ortenau in Offenburg einen neuen Geschäftsführer bestellt hat. Dieser wird noch vorgestellt. Das Bieterverfahren der Breitband Ortenau läuft.

Bürgermeister Scheffold informiert über den jeweiligen Umsetzungsstand bei den Maßnahmen in den Außenbereichen zur Mitverlegung von Leerrohren. Diese Mitverlegung erfolgt in der Regel im Zuge von privaten Abwassermaßnahmen. Auch hierzu wird informiert.

Das Weidezaunprojekt soll umgesetzt werden, sobald der Zuschussbescheid eingeht. Seitens des Landratsamtes wurde zugesagt, dass dies bald der Fall sein wird.

Auch beim Thema Mobilfunkausbau ist die Stadt Hornberg aktiv. Die Bewerbung bei der Telekom-Initiative „Wir jagen Funklöcher“ hatte Erfolg. Hier wird noch informiert.

In der Talstraße 11 wird eine Mobilfunkantenne installiert.

In Niederwasser wird im Zuge der Bahngleise eine LTE-Versorgung aufgebaut.

Im Schachen hat die Vodafone zunächst eine behelfsmäßige Mobilfunkantenne installiert.

In der Talstraße bemüht sich die Vodafone um einen Mobilfunkstandort. Leider sind die Grundstückseigentümer bislang nicht bereit, den vorhandenen BOS-Mast hierfür zur Verfügung zu stellen. Bürgermeister Scheffold appelliert an die übrigen Grundstückseigentümer im dortigen Bereich, eine solche Anlage zu dulden.

Die Bürgermeister des Mittelzentrums stehen in Kontakt mit den Betreibern der Windkraftanlagen, um dort Mobilfunkantennen zu installieren. Dann sollen die Mobilfunkanbieter kontaktiert werden.

Die vorgesehenen Straßenbaumaßnahmen werden erläutert. Für die Hofzufahrt Tiefenbach in Reichenbach erhält die Stadt Hornberg einen 40-prozentigen Zuschuss auf die Nettokosten in Höhe von insgesamt rund 31.000 €.

Weitere in Planung befindliche Straßenmaßnahmen wie in der Leimattenstraße werden erläutert.

Im Bereich der Wasserversorgung sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen.

Das Stadtfest musste leider abgesagt werden.

Wanderwege werden ertüchtigt.

Der Wohnmobilstellplatz beim Viadukt konnte in Betrieb genommen werden.

Die Projekte im Bereich Tourismus werden erläutert.

Der Spielplatz im Schwickersbach befindet sich im Bau. Stadtrat Dieter Müller hat sich bereit erklärt, einen Grill aufzumauern.

Bezüglich der Forstwegebaumaßnahmen wird im September ein Gespräch geführt.

Hiervon nimmt der Gemeinderat Kenntnis.

b) Finanzzwischenbericht:

Rechnungsamtsleiterin Mayer stellt den Finanzzwischenbericht vor. Sie präsentiert die Haushaltsentwicklung im Jahr 2020.

Auch das Investitionsprogramm 2020 wird erläutert.

Insgesamt spricht Frau Mayer von derzeit unsicheren Rahmenbedingungen. Erst im September kann mit verlässlichen Informationen bezüglich der vom Land beschlossenen kommunalen Förderungen gerechnet werden.

Stadtrat Hess bittet, die Hochwasserschutzmaßnahme Offenbachverdolung in der Schloßstraße nicht zurückzustellen, er sieht hier dringenden Handlungsbedarf. Bürgermeister Scheffold liegen die Planungsvorschläge vor. Er wird diesbezüglich nachhaken.

Der Gemeinderat nimmt vom Finanzzwischenbericht Kenntnis.

TOP 08 Eigenbetrieb Wasserversorgung Hornberg:

Der Gemeinderat hat ausführliche Unterlagen und erläuternde Ausführungen erhalten. Bürgermeister Scheffold weist einfühend darauf hin, dass auch die Eröffnungsbilanz für den städtischen Haushalt zum 01. Januar 2018 derzeit in Arbeit ist. Es handelt sich um sehr aufwändige und umfangreiche Arbeiten.

Rechnungsamtsleiterin Mayer präsentiert die Daten und Zahlen.

a) Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2018:

Die Eröffnungsbilanz liegt dem Gemeinderat vor. Die Bilanzsumme der Eröffnungsbilanz beträgt 2.062.915,75 €.

b) Jahresabschluss Wasser 2018:

Der Geschäftsbericht und der dazugehörige Bilanzbericht der Steuerkanzlei liegen dem Gemeinderat vor.

Die Wasserverluste sind seit 2019 deutlich gesunken. Dies liegt darin begründet, dass die Fernwerkanlage der Wasserversorgung ertüchtigt worden ist. Dadurch ist eine zielgenauere und deutlich schnellere Ortung von Wasserverlusten möglich.

c) Anpassung Betriebssatzung:

Um das Wahlrecht ausüben zu können, den Eigenbetrieb nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches oder den Vorschriften der kommunalen Doppik zu führen, ist die Betriebssatzung zu ändern. Der Entwurf der Änderungssatzung liegt dem Gemeinderat vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst folgende jeweils einstimmige Beschlüsse:

- a) Der Gemeinderat stellt die vorliegende Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2018 fest.
- b) Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss 2018 und den Geschäftsbericht 2018 für die Wasserversorgung Hornberg fest und beschließt, den Jahresgewinn 2018 in Höhe von 17.983,32 € auf neue Rechnung vorzutragen. Die erwirtschaftete Konzessionsabgabe 2018 in Höhe von 60.812 € wird dem städtischen Haushalt zugeführt.
- c) Der Gemeinderat stimmt der Anpassung der Betriebssatzung nach dem vorliegenden Satzungsentwurf zu.

TOP 09 Eigenbetrieb Freibad Hornberg:

Rechnungsamtsleiterin Mayer präsentiert die Daten und Zahlen.

a) Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2018:

Die Eröffnungsbilanz liegt dem Gemeinderat als Tischvorlage vor. Sie wurde vorab per Mail zugeschickt. Die Bilanzsumme der Eröffnungsbilanz beträgt 2.841.237,38 €.

b) Jahresabschluss Freibad 2018:

Der Geschäftsbericht und der dazugehörige Aktenvermerk der Steuerberatungsgesellschaft liegen dem Gemeinderat vor.

Die Abrechnung der Baumaßnahme Sanierung Freibad mit entsprechenden Zuschüssen wird dem Gemeinderat bei der Präsentation des Jahresabschlusses 2019 vorgestellt.

c) Anpassung Betriebssatzung:

Um das Wahlrecht ausüben zu können, den Eigenbetrieb nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches oder nach den Vorschriften der kommunalen Doppik zu führen, ist die Satzung zu ändern. Der Entwurf der Änderungssatzung liegt dem Gemeinderat vor.

Stadtrat Fuhrer weist auf den hohen Jahresverlust von knapp 270.000 € im Jahr 2018 hin. Es muss das Ziel sein, diese Zahl zu senken.

Rechnungsamtsleiterin Mayer erläutert die Gründe für die Höhe des Betriebszuschusses. Stadtrat Lehmann erkundigt sich nach der Prognose für 2019. Rechnungsamtsleiterin Mayer antwortet, dass ein dort eingeplanter Verkaufserlös zunächst bezüglich dessen Verwendung vom Gemeinderat zu beschließen ist.

Auch Bürgermeister Scheffold bezeichnet es als wichtiges Ziel, den Betriebszuschuss zu senken. Im Zuge der Sanierungsplanung für das Freibad wurde von einer Ausgangsgröße von 170.000 € Betriebszuschuss jährlich ausgegangen. Für die Folgejahre müssen auch hier übliche Preissteigerungsraten einkalkuliert werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst die jeweils einstimmigen folgenden Beschlüsse:

- a) Der Gemeinderat stellt die vorliegende Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2018 fest.
- b) Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss 2018 und den Geschäftsbericht 2018 für das Freibad Hornberg fest und beschließt, den Jahresverlust 2018 in Höhe von 269.212,61 € auf neue Rechnung vorzutragen.
- c) Der Gemeinderat stimmt der Anpassung der Betriebssatzung nach dem vorliegenden Satzungsentwurf zu.

TOP 10 5. Änderung der Feuerwehr-Entschädigungssatzung

Die Entschädigung für die Feuerwehrkameraden, welche die Freiwillige Feuerwehr Wolfach bei der dortigen Schlauchpflege unterstützen, soll zum 01. Oktober 2020 von 8,00 €/h auf 12,00 €/h erhöht werden. Dies ist mit den übrigen Mitgliedsgemeinden des Schlauchpools so vereinbart.

Der entsprechende Satzungsentwurf liegt dem Gemeinderat vor. Bürgermeister Scheffold spricht von einem reinen Vorratsbeschluss. Bislang wird die Schlauchpflege ausschließlich durch die Freiwillige Feuerwehr Wolfach durchgeführt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die 5. Änderung der Feuerwehr Entschädigungssatzung nach dem vorliegenden Entwurf.

TOP 11 Erteilen des Einvernehmens zum Bauantrag auf Errichten einer Leichtbauhalle auf dem Grundstück Flst.Nr. 898 (Häuslematten 7) in Hornberg

Für dieses Bauvorhaben wurde der Bebauungsplan entsprechend geändert. Die Verwaltung schlägt vor, das Einvernehmen zum Bauantrag zu erteilen, dem Baurechtsamt Offenburg aber Auflagen zur Aufnahme in die Baugenehmigung zu empfehlen. So wurde beispielsweise seitens des Betriebes zugesagt, die Zufahrts- und Lagerbereiche des Betriebsgeländes im notwendigen Umfang zu asphaltieren bzw. zu pflastern. Allerdings wurde diese Maßnahme bislang nicht durchgeführt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, das Einvernehmen zum Bauantrag grundsätzlich zu erteilen. Dem Baurechtsamt werden folgende Auflagen zur Aufnahme in die Baugenehmigung empfohlen:

1. Künftig dürfen keine Be- und Entladevorgänge auf der Erschließungsstraße Häuslematten mehr stattfinden.
2. Die Zufahrts- und Lagerbereiche des Betriebsgeländes Häuslematten 7 sind im notwendigen Umfang zu asphaltieren bzw. zu pflastern.
3. Eine ordnungsgemäße Oberflächenentwässerung auf dem Betriebsgelände ist sicherzustellen. Eine Entwässerung des Betriebsgeländes auf die öffentliche Straße ist nicht zulässig.
4. Auf das schalltechnische Gutachten zum Bebauungsplan „Häuslematte II“ in der rechtskräftigen Fassung der 1. Änderung wird verwiesen.

TOP12 Erteilen des Einvernehmens zum Bauantrag auf Umbau des bestehenden Wohn- und Ökonomiegebäudes mit Einbau einer Betriebsleiterwohnung im Dachgeschoss und Altenteilerwohnung im Erdgeschoss, sowie Umnutzung des Leibgedinghauses zu Ferienwohnungen auf dem Grundstück Flst.Nr. 208 R (Rappenbauernhof 73) in Hornberg-Reichenbach

Ortsvorsteher Bühler berichtet, dass der Ortschaftsrat Reichenbach das Baugesuch zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt einstimmig das Einvernehmen.

TOP 13 Erteilen des Einvernehmens zum Bauantrag auf Errichtung eines Heizhauses mit Hackschnitzellager auf dem Grundstück Flst.Nr. 208 R (Rappenbauernhof 73) in Hornberg-Reichenbach

Ortsvorsteher Bühler berichtet, dass der Ortschaftsrat Reichenbach das Baugesuch zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt einstimmig das Einvernehmen.

TOP 14 Erteilen des Einvernehmens zum Antrag auf bau- und naturschutzrechtlicher Genehmigung auf Abtragung auf dem Grundstück Flst. Nr. 135 (Schenkenbauernhof 81) in Hornberg-Reichenbach

Stadtrat Lehmann informiert als Ortschaftsrat von Reichenbach, dass sich der Ortschaftsrat Reichenbach mehrheitlich für das Erteilen des Einvernehmens ausgesprochen hat. Es wird aber darauf hingewiesen, dass ein Anlieger eine Beeinträchtigung seiner privaten Wasserversorgung durch mögliche Sprengarbeiten befürchtet.

Außerdem bittet der Ortschaftsrat, dass als Auflage aufgenommen wird, dass der vorhandene Grenzstein, welcher ein Kleindenkmal ist, erhalten wird.

Bürgermeister Scheffold informiert, dass die Frage der möglichen Beeinträchtigung der privaten Quelfassung zwischen dem Antragsteller und dem Anlieger zu klären ist. Die Verwaltung wird aber den entsprechenden Hinweis in das Anschreiben an das Landratsamt aufnehmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt einstimmig das Einvernehmen. Das Baurechtsamt ist darauf hinzuweisen, dass der vorhandene Grenzstein zu erhalten ist. Das Baurechtsamt ist weiter darauf hinzuweisen, dass ein Anlieger im Zuge der Angrenzeranhörung die Befürchtung geäußert hat, dass seine private Wasserversorgung durch Sprengarbeiten Schaden nehmen könnte.

TOP 15 Erhebung eines Nutzungsentgelts für den Wohnmobilstellplatz

Am 18. Mai 2020 konnte der Wohnmobilstellplatz mit 8 Stellplätzen erfolgreich in Betrieb genommen werden. Seither wurden über 200 Übernachtungen verzeichnet. Die Rückmeldungen der Gäste zum Stellplatz sind sehr positiv, deshalb soll schnellstmöglich ein Entgelt erhoben werden. Die Kosten für Strom und Wasser werden zusätzlich nach Verbrauch berechnet.

Das Nutzungsentgelt zuzüglich Kurtaxe soll über eine App erhoben werden. Die Gäste erhalten weiterhin die KONUS-Gästekarte.

Als Tischvorlage liegt dem Gemeinderat eine Kalkulation der geplanten Gesamteinnahmen und der Ausgaben vor. Die Verwaltung kalkuliert mit jährlichen Gesamteinnahmen von brutto 11.265 €, bei jährlichen Gesamtausgaben von brutto 18.570 €. Dieser Betrag beinhaltet die Abschreibungen für die getätigten Investitionen. Bei einem Nutzungsentgelt von 8,00 €/Nacht ist also bei weitem noch keine Kostendeckung gegeben. Bürgermeister Scheffold schlägt deshalb ein Nutzungsentgelt von 10,00 €/Nacht zuzüglich Kurtaxe vor.

Stadtrat Wöhrle schlägt scherzhaft den Vermarktungslogan „Leben unter der Brücke“ vor. Zur Bezahl-App führt Bürgermeister Scheffold aus, dass ein Parkscheinautomat nicht aufgestellt werden soll. Wer die App nicht nutzen will, kann alternativ in der Tourist-Info sein Entgelt entrichten.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Sachverhalt Kenntnis und beschließt einstimmig, ab dem 01. August 2020 ein Nutzungsentgelt in Höhe von 10,00 € brutto pro Nacht zuzüglich Kurtaxe zu erheben.

TOP 16 Bekanntgaben und Anfragen

16.1 Elternbeiträge für die Kindertagesstätten

Die Verwaltung hat mit den kirchlichen Verrechnungsstellen vereinbart, dass für die Monate April bis Juni 2020 keine Elternbeiträge erhoben werden, weil die Kindertagesstätten geschlossen waren. Ab dem 01. Juli 2020 werden wieder die regulären Beiträge erhoben. Der März 2020 wird voll abgerechnet.

Für die erweiterte Notbetreuung ab dem 27. April 2020 erfolgt eine taggenaue Abrechnung.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einstimmig dieser Regelung zu.

Zusätzlich wird beschlossen, für die Monate März bis Juni 2020 keine Elternbeiträge für die Kindergartenbeförderung zu erheben.

16.2 Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2020/2021

Da aufgrund der Corona-Pandemie derzeit keine Kindergartenkuratoriumssitzungen abgehalten werden können, wurde im Umlaufverfahren vereinbart, dass die Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2020/2021 um jeweils 1,9 % je Betreuungsform erhöht werden. Hiervon nimmt der Gemeinderat zustimmend Kenntnis.

16.3 Werkfeuerwehr Duravit AG

Die Duravit AG hat mitgeteilt, dass die Leitung der Werkfeuerwehr ab sofort an Florian Stockmann als Kommandant, Tobias Müller als Stellvertreter und Klaus-Dieter Hassis als 2. Stellvertreter übertragen werden soll. Das Landratsamt hat die Stadt Hornberg hierzu angehört. Die Stadt Hornberg hat zugestimmt.

16.4 Naturparkmarkt und Tag des Pilzes

Der diesjährige Naturparkmarkt mit Tag des Pilzes, der für den 20. September 2020 geplant war, wurde aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt. Bürgermeister Scheffold hofft, dass die Veranstaltung im kommenden Jahr wieder durchgeführt werden kann.

16.5 Schließung der Sporthalle in den Sommerferien

Stadträtin Fabiano bittet um Prüfung, ob die Sporthalle in den Sommerferien geöffnet werden kann, um den Vereinen die Möglichkeit zu geben, die ausgefallenen Trainingseinheiten im Frühjahr, wegen der Schließung der Sportanlagen aufgrund der Corona-Pandemie, nachzuholen. Sie weist darauf hin, dass in den Vorjahren die Handballer und die Ringer dienstags und donnerstags durchgehend die Sporthalle nutzen konnten, ohne Toiletten und Duschen.

Bürgermeister Scheffold ist die Problematik bewusst. Er bittet aber um Verständnis, dass wegen der strengen Hygienevorschriften aufgrund der Corona-Verordnung die Sporthalle nur zur Nutzung freigegeben werden kann, wenn der Hausmeister und das Reinigungspersonal anwesend sind. Dies ist urlaubsbedingt nicht durchgehend möglich. Ab Ende August kann die Sporthalle aber wieder eingeschränkt zur Nutzung freigegeben werden.

Bürgermeister Scheffold schlägt vor, dass die Handballer bei den Gemeindeverwaltungen der Partnermannschaften nachfragen, ob die dortigen Hallen genutzt werden können. Er ist aber skeptisch, ob dies aus den genannten Gründen möglich sein wird. In allen Gemeinden werden die Hallen während der Sommerferien für einen gewissen Zeitraum geschlossen.

Ein Training im Freien ist möglich, die Gymnastikwiese und der Bolzplatz stehen zur Verfügung.

Frau Fabiano wird dies so weitergeben.

TOP 17 Fragestunde

17.1 Wohnmobilstellplatz beim Viadukt

Ein Anlieger informiert, dass durch die Nutzung des Wohnmobilstellplatzes eine erhebliche Lärmbelästigung für die Anlieger entsteht. Das Hinweisschild für den Platz findet er zu klein. Die Erhebung eines Nutzungsentgeltes hat für ihn eine negative Außenwirkung. Außerdem bittet er, die Mülleimer des Wohnmobilstellplatzes erst am Montagmorgen vorne an die Gustav-Fimpel-Straße zu stellen.

Bürgermeister Scheffold nimmt zu den einzelnen Punkten Stellung. Die Punkte werden geprüft. Der Bauhof wird beauftragt, die Mülltonnen erst am Montagmorgen an die Straße zu stellen.

17.2 Breitbandversorgung in den Außenbereichen

Eine Vertreterin des Schulelternbeirats bittet, die Bemühungen zur Verbesserung der Breitbandversorgung in den Außenbereichen fortzusetzen, im Hinblick auf das Digitalisierungskonzept für die Schule.

17.3 Sonnensegel im Schulhof

Die Vertreterin des Schulelternbeirates erinnert Bürgermeister Scheffold an seine Zusage, dass ein Sonnensegel im Schulhof installiert wird. Bürgermeister Scheffold antwortet, dass diese Maßnahme auf der Agenda steht. Sie soll im Zusammenhang mit der Baumaßnahme Schulhausaltbau realisiert werden. Auch eine Bepflanzung und die Aufstellung von Sitzmöbeln sind vorgesehen. Dies wird zusammen mit der Schulleitung und den Eltern geplant.

17.4 Schulwegeplan

Die Vertreterin des Schulelternbeirates bittet, den Schulwegeplan zu aktualisieren. Die Verwaltung wird dies prüfen.

17.5 Heizungseinbau Hofmattenstraße 8 und Reichenbacher Straße 13a

Ein Mieter des Hauses Reichenbacher Straße 13a erkundigt sich nach den Auswirkungen auf die Mieter. Bürgermeister Scheffold antwortet, dass die Kosten für den Heizungseinbau, wie heute beschlossen, teilweise über die Mieterhöhung an die Mieter weitergegeben werden. Die Gasverbrauchskosten werden über die Nebenkostenabrechnung weitergegeben. Die Stadt Hornberg wird auch künftig in der Wahl des Gaslieferanten frei sein.